

FRANKFURTER KONFERENZ

zu einer integrierten Drogenpolitik und Drogenarbeit 2008

FNP, 29.02.2008

Konferenz fordert flexible Drogenpolitik

Frankfurt (dpa) Mit Pragmatismus und Flexibilität wollen die Kommunen neuen Herausforderungen im Umgang mit Süchtigen begegnen. Zum Abschluss einer zweitägigen Konferenz formulierten die rund 200 Teilnehmer «Frankfurter Thesen zu kommunalen Drogenpolitik und Drogenarbeit 2008». «Drogenkonsum ist heute weniger öffentlich sichtbar», sagte Frankfurts Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) am Freitag. «Das Problem ist aber nicht kleiner geworden: Es gibt nicht weniger Abhängige, und die einzelnen psychoaktiven Substanzen haben sich vervielfältigt.» Der gesellschaftliche Dialog über den Umgang mit diesem Problem dürfe nicht einschlafen.

«Drogenkonsum verändert sich ständig», heißt es in der sechseitigen Erklärung, an der Teilnehmer aus Politik, Justiz, Wissenschaft und Drogenhilfe mitgearbeitet haben. Es gelte, stets aufs neue einen pragmatischen Weg zu finden zwischen Hilfe und Repression. Übergeordnetes Ziel in der Prävention müsse es sein, Jugendlichen Risikokompetenz zu vermitteln: «Trotz aller Prävention werden wir nicht verhindern, dass Jugendliche Drogen ausprobieren.» «Drogenkonsum ist heute weniger öffentlich sichtbar», sagen Frankfurts Drogen-Experten.

Ähnlich liberal wünschen sich die Autoren auch den Umgang mit Abhängigen, die keinen Entzug machen wollen: «Wenn wir uns bei den Zielen nur auf Abstinenz beschränken, blockieren wir unsere Chancen, Hilfen für Abhängige weiterzuentwickeln». Als letztes Mittel sollte «die kontrollierte Abgabe von zum Beispiel Heroin in einem klar definierten rechtlichen Rahmen» möglich sein.

Als neue Problemfelder sehen die Konferenzteilnehmer die steigende Zahl älterer Drogenabhängiger sowie süchtiger Migranten. Weil das Thema in ihren Kulturen tabuisiert werde, könnten Hilfsangebote sie nur selten erreichen. Nötig sei eine «kultursensible», muttersprachliche und aufsuchende Drogenarbeit.

Gegen die hohen gesundheitlichen und teilweise lebensbedrohenden Risiken – etwa durch Beimischung von Blei in Cannabis - empfehlen die Autoren eine «strukturierte Qualitätskontrolle» legaler und illegaler Substanzen. Sie fordern zudem die Einrichtung einer Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen in den Kommunen und eine intensivere internationale Zusammenarbeit.

(Internet: www.drogenkonferenz.de)
